

3. Deutscher Volkskongreß (Pressedienst)

29. Mai 1949

Rede von Otto Grotewohl zum Entwurf der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik =====

Der Deutsche Volkskongreß hat in seinem Beschluß vom 18. März 1948 den von ihm gewählten Deutschen Volksrat beauftragt, Fachausschüsse zu bilden, die sich der Bearbeitung derjenigen Fragen widmen sollen, die sich - wie es in dem Beschluß heißt - "aus der programmatischen Zielsetzung des Deutschen Volkskongresses ergeben". An zweiter Stelle wurde der Verfassungsausschuß genannt, der bald nach dem zweiten Volkskongreß sich konstituierte und sich die Bearbeitung der deutschen Verfassungsprobleme zur Aufgabe stellte. Dabei wurde mir die Leitung dieses Ausschusses übertragen. Der Ausschuß hat ein Jahr gearbeitet und unter Hinzuziehung vieler Staatsrechtler und anderer Sachverständiger eine intensive Tätigkeit entfaltet. Die Arbeit des Ausschusses fand ihren Abschluß mit der Ausarbeitung eines "Entwurfes der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik", der auf der 6. Sitzung des Deutschen Volksrates vom 19. März 1949 angenommen und zur Bestätigung dem 3. Deutschen Volkskongreß überwiesen wurde. Im Verlauf seiner Ausarbeitung ist der Entwurf verschiedentlich sowohl dem Volksrat als auch der Öffentlichkeit zur Diskussion unterbreitet worden. So wurden erstmalig am 3. August 1948 die von dem Verfassungsausschuß entworfenen "Richtlinien für die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik" der 4. Sitzung des Deutschen Volksrates vorgelegt und diskutiert. Anschließend wurden diese Richtlinien veröffentlicht, womit die Diskussion des Verfassungsentwurfes in der Öffentlichkeit einsetzte. Diese Diskussion auswertend, verabschiedete der Verfassungsausschuß nach nochmaliger eingehender Beratung einen paraphierten Entwurf, den ersten Entwurf, der dem Deutschen Volksrat auf der 5. Sitzung am 22. Oktober 1948 vorgelegt und beraten wurde. Die Meinungsäußerung der Öffentlichkeit erfolgte in Versammlungen aller Art, durch die Presse, den Rundfunk und durch direkte Zuschriften an das Sekretariat des Deutschen Volksrates in Form von Stellungnahmen, Resolutionen, Abänderungs- und Ergänzungsvorschlägen. Insgesamt fanden etwa 9 000 Versammlungen, in denen die Verfassung diskutiert wurde, in allen Teilen Deutschlands statt. Es wurden über 15 000 Resolutionen von Parteien, Organisationen und sonstigen Institutionen zur Verfassungsdiskussion und 503 Abänderungsvorschläge zum Verfassungsentwurf dem Deutschen Volksrat zugesandt. Die meisten Resolutionen waren zustimmenden Charakters. Im Sekretariat des Deutschen Volksrates wurde die Sichtung des eingegangenen Materials und seine Zusammenstellung nach den einzelnen Teilgebieten der Verfassung durchgeführt. Der Verfassungsausschuß und seine Unterausschüsse traten an Hand der Ergebnisse dieser Diskussion noch einmal in die Beratung des Entwurfes ein und verabschiedeten den zweiten Entwurf, der als endgültige Fassung auf der 6. Sitzung des Deutschen Volksrates am 19. März dieses Jahres angenommen wurde zwecks Vorlage zur Bestätigung durch den 3. Volkskongreß.

3. Deutscher Volkskongreß (Pressedienst)

29. Mai 1949
Rede von Otto Grotewohl - 2 -

Der Entwurf wurde in einer Periode verschiedener politischer Entwicklungsstufen geschaffen, in der die Widersprüche der internationalen Politik, in der das Deutschland-Problem als eines der kernprobleme verflochten ist, ständig anwuchsen. Der Verfassungsentwurf liegt dem Kongreß in einem Augenblick zur Bestätigung vor, in dem diese Widersprüche ihren Kulminationspunkt erreicht haben, und in dem sie hoffentlich auf der Tagung des Rates der Außenminister in Paris ihrer Lösung entgegengeführt werden können. Der Entwurf darf nicht lediglich als ein juristisches Werk bewertet werden. Die Entscheidungen über die deutsche Staatsgewalt, die er enthält, die in ihm festgelegte Formung des Aufbaus der deutschen Staatsorganisation und der Funktion der deutschen Staatsorgane, das sind politische Entscheidungen von eminenter Tragweite. Hier wird eine ganz konkrete Stellung innerhalb der politischen Kämpfe um Deutschland bezogen. Der Anspruch des deutschen Volkes auf ein selbständiges demokratisches Staatswesen ist in diesem Verfassungsentwurf niedergelegt. Es wird hier der Weg aufgezeigt, auf dem das deutsche Volk aus der Erniedrigung, der Unterwerfung emporsteigen kann zu einer friedfertigen, aber souveränen Nation.

Die Entwicklung der internationalen Politik, die zwischen dem 2. und 3. Volkskongreß liegt, zeigt mit größter Eindringlichkeit, daß die nationale Freiheit dem deutschen Volke ohne sein Zutun nicht in den Schoß fällt. Die Gegensätze zwischen den Siegermächten in der Deutschlandfrage, die vom Westen betriebene systematische Zerstückelung Deutschlands, die hartnäckigen Versuche von derselben Seite, das Territorium Deutschlands in ein Spannungsfeld der internationalen Politik und damit in einen ständigen Unruheherd zu verwandeln, Deutschland zu einem Anhängsel einer gegen die Sowjetunion gerichteten Politik zu machen, haben bei uns Deutschen das Höchstmaß der erträglichen Beunruhigung hervorgerufen. Eine solche Bewertung der internationalen Politik bringt es mit sich, daß Gewicht und Bedeutung der Stimme des deutschen Volkes in der internationalen Arena nicht gesunken, sondern im Gegenteil gestiegen ist. In der Zeit einer latenten Kriegsgefahr kann das deutsche Volk nichts sehnlicher wünschen, als Verständigung, denn auf seinem Rücken wirkt sich - wie wir seit Monaten gespürt haben - die Politik des "kalten Krieges" aus. Geht der "kalte Krieg" aber in den "heißen" über, so ist das deutsche Volk das erste Opfer der furchtbaren Katastrophe.

Welcher verantwortungsbewußte Deutsche kann angesichts solcher Lage schweigen und untätig bleiben? Erkennt das deutsche Volk seine gegenwärtige Lage, sieht es der politischen Situation klar ins Gesicht mit dem Willen zum Weiterleben und der Erkenntnis der Gefahr, in der es schwebt, - so muß es aus der politischen Lethargie sich endgültig emporrecken, sich aller illusionen entledigen und jene falschen Politiker in die Wüste schicken, die ihm einreden, es könne aus der politischen Spannung der Großmächte Gewinn schlagen und solle diese Spannungen nach Kräften schüren. Erhebt heute das deutsche Volk seine Stimme, sagt es der Welt deutlich und eindringlich: wir wollen nicht der Spielball fremder Interessengegensätze sein, wir wollen nicht zum Freilbock

3. Deutscher Volkskongreß (Pressedienst)

29. Mai 1949
Rede von Otto Grotewohl - 3 -

und Büttel fremder Politik werden, fordert es die Verwirklichung des ihm nach dem Zusammenbruch Hitler-Deutschlands in Potsdam zugesicherten Rechtes auf einen freien demokratischen Staat und eine selbständige Politik, so würde sich das politische Gesicht Zentraleuropas und damit der ganzen Welt von Grund auf ändern. Der Frieden in Europa wäre sichergestellt und damit der Frieden in der Welt. Heute, in der Zeit der tiefsten Erniedrigung, muß dem deutschen Volke eine Chance gegeben werden, zu einer neuen Zukunft emporzusteigen, nicht in dem negativen Sinne, in dem Wilhelm II. oder Hitler es taten, die die Welt in Kriege stürzten, sondern in dem positiven Sinne, daß es sich selbst und die Welt vom Alpdruck des Krieges befreit. Es ist ein verhängnisvoller Irrtum zu glauben, wir seien in unserer Entscheidung nicht frei. Der Weg zu staatlicher Freiheit, zur Schaffung eines souveränen "nationalen Staatswesens kann dem deutschen Volke von niemandem verlegt werden und niemand kann das deutsche Volk hindern, diesen Weg zu gehen. Wir rufen das gesamte deutsche Volk zum Kampfe für die souveräne demokratische Republik auf. Wir treten mit diesem Verfassungsentwurf vor das ganze deutsche Volk, um ihm die Gestalt einer deutschen Republik, so wie sie uns vorschwebt, aufzuzeigen und mit allen Deutschen, die guten Willens sind, auf dieser Grundlage weiter zu arbeiten. Wir zeigen durch unseren Entwurf den Alliierten und der ganzen Welt, daß es Deutsche gibt, die jene Erwartungen erfüllen, die man nach dem Zusammenbruch des Hitler-Reiches an das deutsche Volk stellt: den Weg zu einer friedlichen demokratischen Nation zu finden.

1945, in den Tagen und Wochen des Zusammenbruches des Hitler-Reiches als dem deutschen Volk noch das durchtbare Ausmaß der Verbrechen vor Augen stand, war für uns Deutsche kein Hoffnungsschimmer da, der uns Mut und Zuversicht für die Zukunft gab. Erst die ausdrückliche und wiederholte Zusicherung der Alliierten, das deutsche Volk und den deutschen Staat nicht vernichten zu wollen, sondern den demokratischen Kräften in Deutschland die allseitige Unterstützung für den Aufbau eines demokratischen Staatswesens angedeihen zu lassen, gab uns eine berechtigte Hoffnung.

Ich habe in meinem Bericht auf der 5. und 6. Sitzung des Deutschen Volksrates eingehend die internationale und völkerrechtliche Lage Deutschlands analysiert und unseren Anspruch auf die Wiederherstellung unserer Souveränität und der Eigenstaatlichkeit nachgewiesen.

Die Atlantik-Charta von 1941, die Verlautbarungen der Krim-Konferenz Anfang 1945, die Dokumente über die Kapitulation und die Konstituierung des Kontrollrates, alle diese internationalen Akten wiederholen die These, die dann im Potsdamer Abkommen ihre prägnante Ausprägung in den Sätzen gefunden hat:

"Die Verbündeten haben nicht die Absicht, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Verbündeten haben die Absicht, dem deutschen Volke die Möglichkeit zu geben, sich darauf vorzubereiten, weiterhin die Umgestaltung seines Lebens auf demokratischer und friedlicher Grundlage zu verwirklichen. Werden die eigenen

3. Deutscher Volkskongreß
(Pressedienst)

29. Mai 1949
Rede von Otto Grotewohl - 4 -

Anstrengungen des deutschen Volkes unentwegt auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein, so wird das deutsche Volk im Laufe der Zeit unter den freien und friedliebenden Völkern der Welt Platz nehmen können."

Also bitte, meine Herren in Paris, geben Sie uns die Möglichkeit zur demokratischen Umgestaltung unseres Lebens! Wir sind dazu bereit.

Ich hatte dann weiter die von den Westmächten getriebene Politik der Aufspaltung Deutschlands analysiert, jener Politik, die über die Versuche der Föderalisierung Deutschlands zur offenen Spaltung und von der Spaltung zur Annexion führte. Diese Politik fand ihren Höhepunkt in den Londoner Empfehlungen, in denen die Westalliierten offen erklärten, dass vorläufig weder von der Gründung eines gesamtdeutschen Staates, noch von dem Abzug der Besatzungsmächte die Rede sein könne und in denen die Schaffung eines westdeutschen Separatstaates eingeleitet wurde. So suchten die Westalliierten sich von der Politik der Potsdamer Beschlüsse loszusagen. Die Spaltung wurde durch die separate Währungsreform und die Schaffung des "Parlamentarischen Rates" in Bonn, dessen Zweck die Schaffung der westdeutschen Separat-Verfassung war, vertieft.

Die Auswirkungen der Londoner Politik der Westmächte für uns Deutsche liegen heute offen vor uns. Der in Potsdam festgelegte Weg der Rekonstruktion Deutschlands auf demokratischer Grundlage wurde im Westen jäh unterbrochen. Die Westalliierten bereiten sich darauf vor, sich in Westdeutschland auf unbegrenzte Zeit festzusetzen und die Oberhoheit fest in ihren Händen zu halten. Jede demokratische und nationale Bewegung Westdeutschlands wurde unterdrückt, sobald sie nur auf das Ziel der Wiederherstellung der Souveränität Gesamtdeutschlands und einer wirklichen demokratischen Umgestaltung lossteuerte. Um diese politische und geistige Unterwerfung unter die staatliche Oberhoheit der Westalliierten zu erreichen bediente man sich einer hemmungslosen Kriegshetze. Man beschwor das Gespenst eines bevorstehenden Krieges herauf einzig zu dem Zwecke, unter Beweis zu stellen, wie notwendig die staatliche Oberhoheit der Westmächte in Westdeutschland sei. Man hielt und hält diese Panik und Psychose mit allen Mitteln wach, um die Bevölkerung des klaren Bewußtseins über die wirkliche Lage der Dinge zu berauben und sie so vor einer eigenständigen, ihren deutschen und nationalen Interessen entsprechenden freien politischen Willensbildung abzulenken. Ein Schulbeispiel absichtlich herbeigeführter politischer Verwirrung liefert uns der Zustand in Berlin.

Unter dem Vorwand des Wiederaufbaus Westdeutschlands richtet man sich ganz hemmungslos in Westdeutschland ein, brachte die Industrie in seine Hand und okkupierte das Ruhrgebiet, das wirtschaftliche Herz Deutschlands. Die "Marshall-Plan-Hilfe" ist nur eine schlechte Bemäntelung dieser Politik. Wie ein Alldruck liegt sie auf Westdeutschland. Sie schnürt alle politische Aktionsfreiheit der großen politischen Parteien ein. Es sind nicht deutsche Interessen, die hier herrschen und die zu Wort kommen können, sondern Interessen ausländischer Imperialisten. Nichts ist dort mehr übriggeblieben von der Möglichkeit der Entfaltung demokratischer Kräfte, der Aufrichtung unseres Volkes, der demokratischen Erneuerung. Dabei ist es gerade diese Politik, die ihre verwerfliche Praxis mit Worten von der Freiheit, der Men-

3. Deutscher Volkskongreß
(Pressedienst)

29. Mai 1949
Rede von Otto Grotewohl - 5 -

und den Menschenrechten
schenwürde/zu verdecken sucht. Aber mögen es sich gerade diese Kräfte
gesagt sein lassen, daß die Grundlage aller Freiheit, sowohl des Ein-
zelnen als des Volkes im Ganzen, das Recht und die Freiheit der sou-
veränen Staatsgestaltung ist. Nur die Freiheit aller Völker kann ein
friedliches Zusammenleben der Völker gewährleisten. Unterdrückung und
Kolonisierung war immer nur die Quelle von Zwistigkeiten und Kriegen.

Wir begegnen oft dem Einwande, das deutsche Volk sei noch nicht
reif zur Freiheit. Ich denke dabei an Immanuel Kant, der einmal sagte:

"Ich gestehe, daß ich mich in dem Ausdruck nicht
wohl fühlen kann: ein gewisses Volk ist zu seiner
Freiheit nicht reif... Nach einer solchen Voraus-
setzung wird die Freiheit nie eintreten; denn man
kann zu dieser nicht reifen, wenn man zuvor nicht
in Freiheit gesetzt worden ist."

~~Es ist~~ traurig, daß viele unserer deutschen Politiker dies nicht
begriffen haben. Nun soll diese Politik auf lange Zeit gefestigt und
zur Dauereinrichtung werden. Dies und nichts anderes ist das wirkliche
Wesen der jüngsten Maßnahmen, die zur Regulierung des staatlichen und
völkerrechtlichen Status in Deutschland getroffen sind: Der Erlaß des
Besatzungsstatuts und der westdeutschen Verfassung. Beide sind die
Frucht der von den Westalliierten betriebenen Politik der Einbeziehung
Westdeutschlands in ihre Interessensphäre. Die Tatsache, daß das Be-
satzungsstatut und die westdeutsche Verfassung den Verlust der nation-
alen Selbständigkeit unserer Brüder im Westen besiegeln, wird mehr
und mehr auch denen deutlich, die bisher vor unseren wiederholten
Warnungen so hartnäckig Augen und Ohren verschlossen haben.

Es ist im höchsten Maße symptomatisch, daß keiner der Politiker
Westdeutschlands, die mehr oder weniger freiwillig in die Bahnen die-
ser Politik gedrängt wurden, es heute wagt, sich mit ihr restlos
zu identifizieren oder sie als den Ausdruck des nationalen Willens
hinzustellen. Es ist uns darum auch verständlich, daß man es nicht
wagt, die westdeutsche Verfassung einer Volksabstimmung zu unterbrei-
ten. Dieses Dokument trägt sein wahres Wesen allzu deutlich auf der
Stirn. Es ist eine dem Volke oktroyierte Satzung. kaum geboren, ruft
sie allseitigen Widerspruch hervor, weil sie mit den Interessen unse-
res Volkes nichts gemein hat.

Dieser Widerspruch gegen Besatzungsstatut und Separat-Verfassung
aber wird sich verstärken und damit verschärft sich auch der Kampf
des deutschen Volkes gegen den in Westdeutschland geschaffenen Status.
Dieser Kampf wird nicht eher zur Ruhe kommen, bis unser Volk dieses
fremde Joch von sich geworfen und aus sich selbst heraus ein freies
demokratisches Staatswesen geschaffen hat, das ihm das Hausrecht in
seinem eigenen Hause gewährt. Ein doppeltes Joch ist es, das hier auf
den Nacken unserer Brüder im Westen gelegt wird: erstens das Joch
einer zeitlich unbegrenzten Besatzung, das mit dem Besatzungsstatut
seine Sanktion findet, und zweitens der durch die Separat-Verfassung
gebildete riesige bürokratische Staatsapparat, der nicht der demokra-
tischen Willensbildung durch unser Volk dient, der vielmehr gerade um-
gekehrt im Interesse der Besatzung und des von ihr geschaffenen Sta-
tus diese Willensbildung allseitig verhindern soll.

3. Deutscher Volkskongreß
(Pressedienst)

29. Mai 1949
Rede von Otto Grotewohl - 6 -

Was besagt das Besatzungsstatut? Es besagt, daß die wichtigsten staatlichen Hoheitsrechte auf die Besatzungsmächte übergehen. Die Deutschen als die der Gewalt Unterworfenen können weder über die äußere noch über die innere Politik oder über die Wirtschaftspolitik bestimmen. Diese Hoheitsrechte liegen entweder direkt in den Händen der Besatzungsmächte oder unter ihrer Kontrolle. Die auswärtigen Angelegenheiten Deutschlands und die "in seinem Namen getroffenen internationalen Abkommen" liegen in den Händen der Besatzungsmächte. Sie also können, so paradox dies auch klingt, im Namen des deutschen Volkes internationale Verträge abschließen, können also das deutsche Volk, das nur noch rechtlosen Kolonialsklaven gleichkommt, in Kriegsbündnissen hineinzwängen und es vor den wagen fremder Interessen spannen. Ist es nicht schlimmste Spiegelfechtereie, dann überhaupt noch von einer deutschen Außenpolitik zu sprechen, wie dies das Besatzungsstatut tut? Nicht anders verhält es sich mit der deutschen Wirtschaft. Sie wird en bloc den Alliierten unterstellt. So sind im Punkt 2b des Besatzungsstatuts den Besatzungsbehörden ausdrücklich die Machtbefugnisse vorbehalten bei:

"Kontrollen in Bezug auf die Ruhr, die Restitutionen und Reparationen und die Entflechtung, für die Verhinderung der Zusammenballung wirtschaftlicher Machtmittel und der diskriminierenden Behandlung auf dem Gebiet des Handels, in Bezug auf Auslandsinteressen in Deutschland und Ansprüche gegen Deutschland."

Diese Bestimmung ist in der Tat unannehmbar in ihren Konsequenzen. Sie liefert Wirtschaft, Industrie und Handel den Besatzungsbehörden zur völlig freien Verfügung aus. "Kontrolle über die Ruhr", das heißt doch nicht mehr und nicht weniger als: die westlichen Alliierten wollen darüber bestimmen, wie weit die Naturschätze dieses Beckens, das Herzblut unserer Wirtschaft, Kohle und Stahl uns überhaupt zufließen sollen. Sie haben damit in der Tat die Hand auf die Gargel unserer Wirtschaft gelegt. Die Bestimmung der "Restitutionen und Reparationen" behalten sie ihrem Ermessen vor. Die für unsere Wirtschaft so bedeutsame Frage soll also nicht durch Vereinbarung mit deutschen Stellen, nicht auf Grund von Verträgen, sondern durch einseitiges Diktat reguliert werden. Die Kontrolle über "ausländische Interessen in Deutschland" soll weiterhin nicht in deutschen Händen, sondern in denen der Besatzungsmächte liegen, das heißt, keine deutsche Stelle, weder die deutsche Wirtschaftsverwaltung, noch deutsche Banken, noch deutsche Gerichte sollen irgendwelche Machtbefugnisse über die ausländischen Kapitalien in Deutschland haben. Das stellt Deutschland wahrscheinlich als Ersatz für den erlittenen Verlust - auf das Niveau Kuomintang-Chinas, wo auch alle ausländischen Kapitalien exterritorial waren. Wenn diese Herren dann noch die "Dekartellisierung" und die "Dekonzentrierung" sich selbst im Besatzungsstatut übertragen, sowie die Restlegung der Handelsbegünstigungen, die Überwachung des Außenhandels, des Devisenverkehrs u.a.m. - so ist das in der Tat eine vortreffliche Handhabe, die deutsche Konkurrenz völlig und endgültig auszuschalten. Hinzu tritt, daß die Besatzungsbehörde sich die Kontrolle über die Verfassung vorbehalten hat und jede Verfassungsänderung sowie jedes andere Gesetz nur nach ihrer Zustimmung in Kraft tritt.

3. Deutscher Volkskongreß (Pressedienst)

29. Mai 1949
Rede von Otto Grotewohl - 7 -

Aber damit nicht genug! Die Besatzungsbehörden können darüber hinaus alle von ihnen für erforderlich gehaltenen Maßnahmen ergreifen. Das ewige Gerede der Befürworter des Besatzungsstatuts, in ihm seien die Machtgrenzen der Besatzungsmächte festgelegt, erweist sich als leeres Gerede. Das Besatzungsstatut kennt keine Machtgrenzen, es ist die Usurpation der unbegrenzten Macht. Die Besatzungsbehörden behalten sich ausdrücklich das Recht jeder Einmischung in deutsche Angelegenheiten vor, die sie für erforderlich halten. Sie können, wie es wörtlich heißt, "entsprechend den Weisungen ihrer Regierung" die Ausübung der vollen Gewalt ganz oder teilweise übernehmen. Klingt es angesichts solcher Machtkompetenzen nicht wie Hohn, wenn es im ersten Punkt des Besatzungsstatuts heißt, daß die Westalliierten dem deutschen Volk das größtmögliche Maß an Selbstregierung einzuräumen trachten, daß die deutschen Organe "lediglich den Beschränkungen" des Besatzungsstatuts unterworfen seien? Man scheint in der Tat merkwürdige Vorstellungen von der Würde und Souveränität einer Nation zu haben. Gewiß, wir sind ein besiehtes und gestraftes Volk. Wir wissen es und begreifen es, wir sind auch bereit, daraus Schlußfolgerungen zu ziehen. Wir halten es aber vier Jahre nach Beendigung des Krieges nicht für unbescheiden, wenn wir allen Alliierten zurufen: Kontrolliert uns, laßt uns aber das Recht, über unsere eigenen Angelegenheiten selbst zu entscheiden!

Wir sprechen im Zusammenhang mit der Verfassung von dem Besatzungsstatut, weil die deutschen Staatsorgane, die man unter der Herrschaft des Besatzungsstatuts schuf, in dem Grundgesetz des Bonner "Parlamentarischen Rates", jener jüngst geschaffenen westlichen Separat-Verfassung, keine Organe der deutschen Selbstregierung sind. Hier ist keine originär aus dem deutschen Volke erwachsene Staatsgewalt konstituiert. Es werden vielmehr in diesem Bonner Grundgesetz alle veralteten und abgelebten deutschen Staats- und Verfassungsinstitutionen von den ausländischen Interessenten hervorgeholt, um die deutsche Einigung und das Werden einer deutschen Staatsgewalt zu erdrosseln. Denn man weiß, daß die deutsche Einigung und die Verwirklichung einer deutschen Volks Herrschaft mit dem System des Besatzungsstatuts unvereinbar ist. Sie können weder ein einiges Deutschland ertragen, noch ein Deutschland, in dem das deutsche Volk selbst Herr in seinem Hause ist. Sie brauchen einen zersplitterten, schwachen deutschen Staat, ein deutsches Volk, das sich untertänig unter ihr Joch beugt. So wird auch in diesem Bonner "Grundgesetz" die deutsche Staatsgewalt völlig ausgehöhlt und das deutsche Volk in einer Weise aus der Mitbestimmung der Staatsgewalt ausgeschlossen, wie es in der Tat vermessen nicht erklügelt werden könnte.

Das Bonner "Grundgesetz" läßt den Todfeind der deutschen Einheit, das Krebsgeschwür der deutschen Nation, die föderative Zersplitterung der Staatsgewalt, wieder aufleben. Es setzt der einheitlichen Willensbildung die stärksten Hemmnisse entgegen. Der Grundsatz, daß das Recht des Gesamtstaates das Recht des einzelnen Landes breche, wird aufgehoben. Jedem Lande ist der Weg zu selbständiger Politik eröffnet, wodurch der Boden für unentwegte Konflikte zwischen Bund und Ländern und den einzelnen Ländern bereitet ist. Dazu unterhalten die Regierungen der Länder eigenständige Vertretungen beim Bund, den "Bundesrat", der

3. Deutscher Volkskongreß (Pressedienst)

29. Mai 1949

Rede von Otto Grotewohl - 8 -

bei Regierung und Gesetzgebung maßgebend mitzuwirken hat, also die einheitliche Gewalt des Staates entscheidend schwächt. Das Bonner "Grundgesetz" restauriert den Todfeind der deutschen Demokratie, den alten bürokratischen Staatsapparat und legt wiederum alle Macht in seine Hand. Die Stellung der Volksvertretung, des "Bundestages", dem einzigen Organ, in dem die Stimme des deutschen Volkes durch die gewählten Abgeordneten zur Geltung kommen kann, ist weit schwächer, als die der Volksvertretung der Weimarer Republik, des Reichstages, und gleicht dem großen Scheinparlament, das wir in unserer Verfassungsgeschichte hatten, dem Reichstag des deutschen Kaiserreiches. Ebenso wenig wie im deutschen Kaiserreich, ist nach dem Bonner "Grundgesetz" die Volksvertretung in der Lage, die Politik der Regierung zu bestimmen, einen irgendwie erheblichen Einfluß auf die staatliche Exekutive, die Rechtsprechung oder die Wirtschaftsgestaltung auszuüben.

Auch in der Gesetzgebung, die nach dem Text der Verfassung der Volksvertretung vorbehalten ist, ist sie allseitig beschränkt. Be-schließt die Volksvertretung ein Gesetz, so kann - das ist die erste Bremse - der "Bundesrat", die Vertretung der Regierungen der Länder, fordern, daß dieses Gesetz vor einem gemischten Ausschuß noch einmal behandelt wird. Besteht die Volksvertretung gleichwohl auf dem Ge-setz, so kann - das ist die zweite Bremse - der "Bundesrat" formellen Einspruch einlegen. Die Volksvertretung ist dann gezwungen, mit qua-lifizierter Mehrheit noch einmal zu beschließen, in gewissen Fällen sogar mit 2/3 Mehrheit seiner Mitglieder, was faktisch eine normale Gesetzgebung unmöglich macht. Aber nicht genug damit sind außerdem noch justizielle Fallstricke gegen die Gesetzgebungsgewalt der Volks-vertretung gezogen. Jedem Gesetz der Volksvertretung kann von jedem Richter die Anerkennung versagt werden, es kann vor den Bundesge-richtshof gebracht und dort annulliert werden. Bedenkt man, daß ein Gesetz nach solchem Leidensweg auch noch den Instanzen der Besat-zungsmacht zur Genehmigung vorgelegt werden muß, so mag man erlauben, wie es hier um die Demokratie und um die Willensäußerung des Volkes bestellt ist. Das ganze Gesetzgebungsverfahren, eines der Kernstücke des Bonner "Grundgesetzes", hat selbstverständlich keinen anderen Sinn als den, die bürokratische Staatsmaschine, deren Zusammensetzung wesentlich durch die Besatzungsmacht selbst bestimmt ist, allseitig zu festigen und zu sichern, um so den bestehenden Zustand vor allen Beeinträchtigungen durch das Volk sicherzustellen.

Einen solchen wetterfesten Staatsapparat aber gebraucht man als Garantie für die wirtschaftlichen Machtpositionen, welche die aus-ländischen Monopolkapitalisten sich in Deutschland bereits errungen haben und die auszuweiten und zu festigen sie sich bemühen. Und hier tritt nun die schlimmste Seite dieses "Grundgesetzes" hervor: der in ihm enthaltene Verzicht auf alle wirtschaftlichen Reformen, die Er-schwerung oder völlige Hintertreibung aller Sozialisierungsmöglich-keiten. Die Wirtschaft wird für unantastbar erklärt. Das bedeutet die völlige Auslieferung unserer Wirtschaft und der Arbeitskraft je-des Einzelnen an die Mächte, die sie in Deutschland jetzt in Be-schlag genommen haben und die sich mehr und mehr durch Kapitalexpert bei uns einnisten. Die mit üppigen Phrasen formulierten "Grundgesetze" enden genau da, wo die Herrschaftsdomäne der ausländischen Inter-essen beginnt, in der Wirtschaft. Es bedarf keiner besonderen Staats-weisheit, um zu wissen, daß die Regulierung der wirtschaftlichen macht-

3. Deutscher Volkskongreß (Pressedienst)

29. Mai 1949
Rede von Otto Grotewohl - 9 -

verhältnisse durch die Staatsgewalt heute ihre bedeutsamste Funktion ist, und daß ein Staat, der nicht die Oberherrschaft über die wirtschaftlichen Ressourcen besitzt, ein Marionettenstaat ist. In dem Bonner "Grundgesetz" aber sind dem Staat keinerlei Verpflichtungen hinsichtlich des Schutzes der Bürger vor wirtschaftlicher Willkür auferlegt. Hier geht das Bonner "Grundgesetz" weit hinter die Weimarer Verfassung zurück. Die Weimarer Verfassung kannte neben den auf die Person und ihre Freiheit sich beziehenden Rechtsbestimmungen auch solche, die sich gegen die wirtschaftliche Machtstellung richteten und die Einzelpersonen oder das Volk als Ganzes vor deren Auswüchsen schützten. Dieser ganze Komplex fehlt überhaupt im Bonner "Grundgesetz". Die Möglichkeit der Nationalisierung ist zwar dem Wortlaut nach gegeben, sie ist aber faktisch dadurch illusorisch gemacht, daß der Staat die Bedingungen der Nationalisierung nicht festzulegen befugt ist. Eine solche Regelung kann angesichts der bestehenden wirtschaftlichen Machtverhältnisse im Westen unseres Vaterlandes nicht Wunder nehmen. Kommt es doch den ausländischen Monopolisten vor allem darauf an, ihre Herrschaft über die deutsche Wirtschaft vor dem Zugriff des deutschen Volkes sicherzustellen.

So liefert die Bonner Verfassung die deutsche Wirtschaft und mit ihr die deutschen Menschen Schritt um Schritt an die ausländischen Mächte aus. Sie kapituliert vor einer rücksichtslosen Wirtschaftsintervention ausländischer Mächte. Gegen diese schmachvolle Kapitulation wehren sich alle guten deutschen Patrioten, weil sie ihren Kindern einmal offen in die Augen blicken möchten, ohne darin die stumme und anklagende Frage zu lesen: "Warum habt Ihr uns zu Kolonialsklaven gemacht?"

Und nun lädt man uns gar ein, uns dem Bonner "Grundgesetz" anzuschließen. Man schlägt den Ländern der Ostzone dieses Grundgesetz als Basis für einen gesamtdeutschen Staat vor. Wir können solchen Vorschlag nicht ernst nehmen. Er stellt nichts als einen Versuch dar, die deutsche Bevölkerung in die Irre zu führen. Dieses "Grundgesetz" konstituiert überhaupt keine deutsche Staatsgewalt, es schweißt die Deutschen nicht zu einer einigen Nation zusammen, sondern zerreißt sie in einzelne ohnmächtige Teile.

Die Entstehung der Bonner Verfassung und des westdeutschen Bundesstaates schlägt allen Grundsätzen souveräner Staatsgestaltung ins Gesicht. Die Arbeit des "Parlamentarischen Rates" wird in die deutsche Geschichte als eines ihrer traurigsten Kapitel eingehen. Das Beispiel Bonn mag für unsere junge Generation eine Warnung und Lehre dafür sein, in welchen Abgrund eine Politik führt, die nicht die engste Verbindung mit unserem Volke sucht, die nicht die wahren Interessen des Volkes richtig zu sehen und zu verteidigen weiß. Ein Schritt in der falschen Richtung zieht notwendig den nächsten nach sich, und es geht dann schließlich unaufhaltsam in den Abgrund. Man liefert sich dabei auf Gedeih und Verderb fremden Interessen aus. Es gereicht den wenigen Vertretern der kommunistischen Fraktion im Bonner "Parlamentarischen Rat" zur höchsten Ehre, und es wird ihr Verdienst vor der deutschen Geschichte sein, auf verlorenem Posten immer wieder die warnende Stimme gegen den nationalen Verfall erhoben zu haben, oder wie Max Reimann, dafür

3. Deutscher Volkskongreß (Pressedienst)

29. Mai 1949
Rede von Otto Grotewohl - 10 -

ins Gefängnis gegangen zu sein.

Das Ärgernis, das sie damit erregt haben, ist nur allzu verständlich. Heute, wo dieser Rat seine Arbeit beendet hat, steht das von ihm geschaffene "Grundgesetz" der "Bundesrepublik Deutschland" als ein erbärmlicher Torso da. Keiner wagt es, sich offen und frei zu diesem Machwerk zu bekennen. Der eine will es dem anderen in die Schuhe schieben; jeder sucht politischen Gewinn, indem er von ihm abrückt. Wir haben die sehr betrübliche, zwischen Komik und Tragik stehende Situation, daß man offen in der Presse und vor dem Volke gegen die Verfassung spricht, heimlich aber für ihre Durchsetzung Sorge trägt. Das ist nichts anderes als die Konsequenz einer Politik der Unterwerfung unter fremde Interessen.

Unsere Zeit stellt vor jeden Politiker die unerbittliche Frage: Handelst Du für oder gegen die Interessen Deines Volkes und Deiner Nation, kannst Du Dein politisches Tun vor dem ganzen Volke verantworten oder nicht. Die Politik von Bonn hat zu einer Lage geführt, die sich vor dem Volke nicht mehr verantworten läßt. Deshalb lehnt man die Volksabstimmung über die Bonner Verfassung ab. Aber wir rufen den Politikern von Bonn und jedem nationalen Deutschen, der die Widerspruchlichkeit dieser Politik der Kolonisierung Deutschlands mit den Interessen unseres Volkes erkennt, zu: Es gibt ein Mittel, sich aus der gescheiterten Lage zu ziehen: man sage sich von der Politik der bedingungslosen Unterwerfung los, man appelliere an das gesamte deutsche Volk, zur nationalen Selbsthilfe zu schreiten und die breiteste nationale Front zu bilden zur Rettung der deutschen Nation, zum Kampf für einen souveränen deutschen Staat! Es ist nicht zu spät; für den Freiheitskampf des Volkes ist es niemals zu spät! Wir können uns als Deutsche nicht noch einmal mit den Worten "Wir haben es nicht gewußt" von unserer Verantwortung loskaufen. Unsere Hand zur Vereinigung mit allen Deutschen, die guten Willens sind, den nackten Bestand der Nation zu retten, ist darum immer ausgestreckt. Wir kennen keine Bedingung, wir wollen nur das Eine: Bekenntnis zu einem einheitlichen, friedlichen Deutschland, Bekenntnis zu unserem Volke, zu unserer Nation als der Basis all unseres politischen Handelns!

Das ist der Boden, auf dem die Volkskongreßbewegung in einer nationalen Front für Einheit und Frieden ihre Tätigkeit entfaltet. Sie erreicht ihr Ziel mit der Sammlung aller Deutschen in einem souveränen Staat. Dieser Staat wird - wie ich schon sagte - uns nicht geschenkt. Wir müssen ihn erkämpfen gegen Gegner von nicht geringem Gewicht. Wir müssen in unserem Volke den Willen zur nationalen Einheit als eine heilige Flamme entfachen, eine gemeinsame Plattform schaffen, auf der sich alle finden. Es gilt, das Ziel unseres Kampfes, die konkrete Gestalt des kommenden Deutschlands aufzuzeigen, für das wir unseren Kampf entfalten. Es gilt, das Bild von einem friedlichen demokratischen Deutschland, das zugleich ein lebensfähiges und starkes Ganzes ist, in das Bewußtsein unseres Volkes zu tragen; einem Deutschland, für das es sich lohnt, zu leben und zu kämpfen. Diese Aufgabe soll der von uns erarbeitete Verfassungsentwurf für ganz Deutschland erfüllen.

3. Deutscher Volkskongreß
(Pressedienst)

29. Mai 1949
Rede von Otto Grotewohl - 11 -

Der Deutsche Volksrat hat sich mit dem von ihm beschlossenen "Entwurf der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik" an alle Deutschen gewandt und hier den Plan der Reorganisation des deutschen Staates auf demokratischer Grundlage unterbreitet. Hier zeigen wir unserem deutschen Volke, den Alliierten und darüber hinaus der ganzen Welt, auf welcher Grundlage wir Deutsche das zukünftige Deutschland aufzubauen trachten, zu dessen Errichtung uns in den Pakten von Jalta und Potsdam der Weg eröffnet worden ist. Wir sind beim dem Ausbau dieser Verfassung keinen fremden Vorbildern gefolgt. Für uns gab es nur einen Lehrmeister: Unsere eigene Geschichte, die so reich an Erfahrungen, so reich an Fehlschlägen und Enttäuschungen ist. Alles was gut und gesund in unserer Vergangenheit war, soll leben und eine bessere Zukunft beflügeln.

3. Deutscher Volkskongress (Pressedienst)

29. Mai 1949
Rede von Otto Grotewohl - 12 -

Wir halten an der Gliederung Deutschlands in Länder fest; wir halten an den alten Farben von 1848 und der Weimarer Republik Schwarz-Rot-Gold fest; wir halten an der traditionellen Hauptstadt Berlin fest; wir halten an der einheitlichen Staatsangehörigkeit fest. Das besagen die Anfangsartikel der Verfassung. Wir haben uns bemüht, die Lehren aus der deutschen Geschichte zu ziehen, insbesondere die Lehre aus den fehlgeschlagenen demokratischen Revolutionen von 1848 und 1918, die nicht zur Bildung eines wahrhaften Nationalstaates auf demokratischer Grundlage führten. Das traditionelle deutsche Staatswesen hat nicht den Boden des Obrigkeitsstaates verlassen, und das wurde unserem Volke und der Nation zum Verhängnis. Unser Volk blieb aus der Staatsmacht ausgeschlossen. Ohne das Hineinwachsen des Volkes in den Staat kann sich keine starke friedliche, in sich gesättigte und lebensfrohe Nation bilden. So galt unser Bemühen vor allem dem Bestreben, die Form der Überwindung des gegeneinander von Staat und Volk, das Kernproblem der deutschen Staatsgestaltung, zu finden.

Der alte Obrigkeitsstaat musste durch einen wahrhaft demokratischen Staat abgelöst werden; die Volksfremdheit des Staates musste ebenso überwunden werden, wie die Staatsfremdheit des Volkes. Die Herstellung der deutschen Einheit ist nur auf dem Boden der Demokratie möglich, so lautete die erste Feststellung, die wir trafen. Ein deutscher Nationalstaat, der nicht fest im Volke verankert ist, der wie das Reich Wilhelm II. und Hitlers auf einem diktatorischen, über dem Volk herrschenden bürokratischen Staatsapparat aufbaut, steht auf tönernen Füßen und nimmt notwendig die Richtung gegen das Volk.

Der alte Obrigkeitsstaat hat das Volk in die Katastrophe zweier Weltkriege geführt. Nur die feste Verankerung der Staatsgewalt im Volke ist die Gewähr für die Stärke und Lebensfähigkeit der Nation. So ergab sich für uns die Notwendigkeit der Konstituierung und des allseitigen Ausbaues des Grundsatzes der Volkssouveränität. Dieser Grundsatz ist als allgemeines Prinzip im Artikel 3 der Verfassung verankert, der lautet:

"Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.

Jeder Bürger hat das Recht und die Pflicht zur Mitgestaltung in seiner Gemeinde, seinem Kreise, seinem Lande und in der Deutschen Demokratischen Republik.

Das Mitbestimmungsrecht der Bürger wird wahrgenommen durch: Teilnahme an Volksbegehren und Volksentscheiden;

Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechtes;

Übernahme öffentlicher Ämter in Verwaltung und Rechtssprechung.

Jeder Bürger hat das Recht, Eingaben an die Volksvertretung zu richten.

Die Staatsgewalt muss dem Wohl des Volkes, der Freiheit, dem Frieden und dem demokratischen Fortschritt dienen. Die im öffentlichen Dienst Tätigen sind Diener der Gesamtheit und nicht einer Partei. Ihre Tätigkeit wird von der Volksvertretung überwacht."

Entsprechend dem hier festgelegten Prinzip der Volkssouveränität baut sich auch die Staatsgewalt der Republik auf. Der Entwurf bekennt sich eindeutig und klar zur parlamentarischen Republik und bemüht sich, diesem Grundsatz gemäß die entscheidende Rolle des Parlamentes, das die Repräsentation des deutschen Volkes selbst ist, konsequent auszubauen.

++ Die Santhese von Staat und Volk wurde nicht gefunden - 13 -

3. Deutscher Volkskongress (Pressedienst)

29. Mai 1949

Rede von Otto Grotewohl

- 13 -

Die Volksvertretung, "Volkskammer" genannt, ist "Hochstes Organ der Republik". Sie ist ein wahrhaftes Volksparlament, das unmittelbar aus dem Volke hervorgeht und vom Volke aufgelöst werden kann, wenn es das Vertrauen des Volkes nicht mehr besitzt. Die Volkskammer besteht aus den Abgeordneten des deutschen Volkes, die "in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes auf die Dauer von vier Jahren" gewählt werden. Das Recht, Abgeordnete aufzustellen, haben alle Vereinigungen, die "nach ihrer Satzung die demokratische Gestaltung des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens der gesamten Republik erstreben und deren Organisation das ganze Staatsgebiet umfasst". Damit haben also nicht nur die politischen Parteien, sondern auch die grossen Massenorganisationen, wie Gewerkschaften, Frauen- und Jugendverbände das Recht, ihre Vertretungen für die Volkskammer aufzustellen. Wahlberechtigt ist jeder Deutsche, der das 18. Lebensjahr vollendet hat. Die politische Betätigung und Meinungsbildung ist frei, aber nicht so frei, wie in der Weimarer Republik, die den wütendsten Feinden der Demokratie, dem politischen Verbrechertum, die Freiheit seiner Entwicklung gewährte. Hemmungslösigkeit ist keine Freiheit. Wir brauchen keine bloss formale, wir brauchen eine reale Demokratie, die sich gegen ihre Feinde zu verteidigen versteht und dazu auch über die nötigen Mittel und Organe verfügt. +) eine Demokratie,

Es gibt bestimmte Prinzipien, die zum notwendigen Bestand aller modernen Kultur gehören, und das Bedeutsamste dieser Prinzipien ist die Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, die Respektierung fremder Völker und Kulturen. Eine Staatsgewalt, die die Verletzung dieser Prinzipien zuliesse, würde sich selbst der Verbrechen gegen die Menschlichkeit und gegen die Kultur schuldig machen. Darum dürfen wir faschistische Tendenzen im politischen Leben unserer künftigen Republik nicht dulden. Parteien oder Gruppierungen, die sich auf der Grundlage solcher Ideologien bilden, sind nicht nur mit politischen Mitteln zu bekämpfen, sondern sie sind durch die Strafgewalt des Staates zu unterdrücken. Darum bestimmt der Entwurf im Anschluss an den Grundsatz, der die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz festlegt, im Artikel 6, Absatz 2 "Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker, Bekundung von Glaubens-, Rassen-, Völkerhass, militaristischer Propaganda, sowie Kriegshetze und alle sonstigen Handlungen, die sich gegen die Gleichberechtigung richten, sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches".

Ich sagte bereits: Die Demokratie muss eine kämpferische sein. Feinde der Demokratie, welche die Freiheit missbrauchen, um die Demokratie zu diskreditieren und ihre diktatorischen Gelüste durchzusetzen versuchen, haben in der Demokratie keinen Platz. Die Volkskammer, diese Volksvertretung im wahrsten Sinne des Wortes, die berufene Repräsentation der großen demokratischen Parteien und Massenorganisationen, ist nun nicht, wie der "Bundestag" des Bonner "Grundgesetzes" zur Machtlosigkeit verdammt. Sie steht auch nicht wie der "Reichstag" der Weimarer Republik unter der Diktaturgewalt eines Reichspräsidenten, der die Volksvertretung jederzeit auseinanderjagen und auf Grund des Artikels 48 selbstherrlich Gesetze erlassen konnte. Die Volkskammer un-

- 14 -

3. Deutscher Volkskongress (Pressedienst)

29. Mai 1949
Rede von Otto Grotewohl - 14 -

seres Entwurfes ist vielmehr der höchste Machtträger im Staate; der souveräne Gestalter des staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens, durch nichts beschränkt als durch die Verfassung, die die Rechte des Volkes und jedes Bürgers festlegt.

Wir bringen mit diesem Grundsatz der Parlamentsherrschaft das demokratische Prinzip zum Durchbruch, dessen Verwirklichung weder 1848 noch 1918/19 in der Weimarer Verfassung gelang. Dieses Scheitern des Parlamentes bedeutete in der Vergangenheit das Versagen der Demokratie; hierauf geht letztlich die verhängnisvolle Diskrepanz von Staat und Volk zurück, die der Krebschaden unserer politischen Entwicklung war. Wäre es gelungen, 1948 das "Frankfurter Parlament" zum deutschen Souverän zu erklären, die Einheit Deutschlands auf demokratischer Grundlage wäre sichergestellt gewesen, der mächtige deutsche Nationalstaat, von dem die besten Kämpfer von 1848 träumten, wäre entstanden. Wäre es ferner bei der Schaffung der Weimarer Verfassung gelungen, das Schwergewicht der Staatsgewalt auf die Volksvertretung zu legen, statt auf den Reichspräsidenten, es hätte keine Diktatur des Reichspräsidenten, keinen Artikel 48 gegeben. Der verhängnisvolle Hindenburg, Papen oder Hitler wären nicht möglich gewesen und eine Handvoll Richter hätte nicht klare Verfassungsbrüche in Verfassungsrechte verwandeln können. Es gibt nur einen Garanten gegen die volksfeindliche Politik der Staatsmacht, und dieser Garant ist das Volk selbst. Es gibt nur ein Mittel, die Staatsgewalt in den Dienst des Volkes zu stellen, alle Staatsgewalt in die Hände des Volkes zu geben. Das erstreben wir mit der Stellung, die in unserem Entwurf dem Parlament zugewiesen wird.

Darum ist in unserem Entwurf die staatliche Exekutivgewalt und damit der gesamte Staatsapparat, der Volksvertretung nicht übergeordnet, sondern untergeordnet. Auch die Regierung ist nichts als ein Vertrauensgremium der Volkskammer selbst und wird aus den Vertrauensleuten der Volkskammer vertretenen Parteien und Organisationen zusammengesetzt, und zwar aus allen. Es ist eine der bedeutendsten Bestimmungen des Verfassungsentwurfes, dass jede Fraktion, die die Stärke von 40 Mann erreicht hat, durch die Verfassung zur Mitarbeit an der Regierung verpflichtet wird. Es darf keine verantwortungslose Opposition im Parlament der neuen deutschen Demokratie geben, die ihre ganze Funktion nur darin sieht, Obstruktion zu treiben. Aus dieser Taktik haben bekanntlich die Nazis ihren Kredit gezogen. Es darf sich keine Partei oder Organisation, wenn sie ihre Laster zur Parlamentswahl einreicht, vor der Mitarbeit und Mitverantwortung in der Regierung drücken. Wer in das Parlament einzieht, der muss mitarbeiten, denn die Volksvertretung, die wir schaffen müssen, die selbst alle wichtigen gesetzgebenden, administrativen und auch wirtschaftlichen Entscheidungen trifft und deren Ausführung überwacht, ist ein arbeitendes Gremium.

Mit der Macht wächst die Verpflichtung und mit der Verpflichtung die Arbeitslast. Darum trägt die Volkskammer einen ganz anderen Charakter, als der Reichstag der Weimarer Verfassung, der nicht in dem besten Rufe stand, weil in ihm zu viel geredet wurde, wenn auch mit geringem Nutzeffekt. Diese Tatsache hat den Parlamentarismus bei uns in Misakredit gebracht. Man redete vom Parlament als der "Schwatzbude", aber es war nicht nur die Schlechtigkeit der Institution des Parlamentes, das den Reichstag der Weimarer Verfassung in solche üble Lage brachte,

3. Deutscher Volkskongress
(Pressedienst)

29. Mai 1949
Rede Otto Grotewohl - 15

sondern seine Machtlosigkeit im System dieser Verfassung. Das Parlament der Weimarer Verfassung konnte gegen die allmächtige Staatsbürokratie mit dem Reichspräsidenten an der Spitze, der den Reichstag jederzeit auflösen konnte, nichts ausrichten. Es konnte gegen die Justiz nichts ausrichten, die seinen Gesetzen den Gehorsam verweigerte und deren Rechtsprechung oft ein Hohn auf die Demokratie war. Das Parlament der Weimarer Republik konnte schliesslich auch gegen die herrschenden Wirtschaftsmächte nichts ausrichten, weil der Reichspräsident sich schützend vor sie stellte.

Die Volkskammer des Entwurfes hingegen ist dieser Dreieinigkeit - Staatsapparat, Justiz und Wirtschaft - nicht untergeordnet, sondern übergeordnet, denn sie ist der Träger der höchsten Macht. Die Volkskammer ernannt die Regierung, bestimmt die Richtlinien ihrer Politik und kontrolliert die Regierung in ihrer gesamten staatlichen Tätigkeit; sie trägt also für die gesamte Regierungstätigkeit die Verantwortung vor dem Volke. Die Volkskammer ernannt weiterhin die Richter des höchsten Gerichts und den höchsten Staatsanwalt und kann sie unter gewissen Voraussetzungen abberufen, "wenn sie gegen die Verfassung und die Gesetze verstossen und ihre Pflichten als Richter oder als Staatsanwalt gröblich verletzen". Die Volkskammer trägt also für die Rechtsprechung die höchste Verantwortung. Die Volkskammer trägt aber auch die Verantwortung für die Gestaltung der Wirtschaftspolitik. Der Entwurf bestimmt, dass die Wirtschaft allen "ein menschenwürdiges Dasein" zu sichern und "dem Wohle des ganzen Volkes und der Deckung seines Bedarfes zu dienen" habe. Dieses Recht der Bürger, wie auch das Recht eines jeden auf Arbeit zu verwirklichen, ist die Aufgabe der Volkskammer. Sie hat zu diesem Zwecke den Wirtschaftsplan aufzustellen und seine Durchführung zu überwachen. So steigt die Volksvertretung zu einer machtvollen Institution empor, zu dem wahrhaften Herrn im Staate und zum souveränen Gestalter des staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ganzen. In der Hand der Volksvertretung liegt es, das staatliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben so zu gestalten, wie es dem Willen der Nation und dem Wohle des Volkes entspricht.

Eine Sonderheit des Entwurfes, die sie von allen bisherigen deutschen Verfassungen abhebt, bedarf noch der besonderen Hervorhebung: Die Grundrechte der Bürger und des Volkes und ihre Garantie. Der zweite und zentrale Abschnitt des Entwurfes befasst sich mit den Grundrechten der Bürger und des Volkes, die - ganz im Gegensatz zu den Grundrechten des Bonner "Grundgesetzes" - als umfassende Herrschaftsrechte des souveränen Volkes ausgebaut sind. Sie beginnen mit den persönlichen Grundrechten, d.h. den Rechten der Bürger auf persönliche Freiheit gegenüber der Willkür der Staatsgewalt. Hier ist festgelegt der Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz, der Gleichheit der Geschlechter, der persönlichen Freiheit, des Rechts auf freie Meinungsäusserung, des Versammlungsrechts, des Vereinigungsrechts und anderes mehr.

3. Deutscher Volkskongress (Pressedienst)

29. Mai 1949
Rede von Otto Grotewohl - 16 -

Es folgen auf der nächsten Stufe die sozialen Grundrechte; die Rechte gegenüber wirtschaftlicher Willkür. Hier steht an der Spitze das Koalitionsrecht und das Streikrecht. Es folgt das Recht auf Arbeit, das der Staat durch Wirtschaftslenkung zu sichern hat, das Recht auf Urlaub und Erholung, auf Versorgung bei Krankheit und im Alter, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie der Produktion, sodann setzt die Verfassung die Grundsätze für ein einheitliches Arbeitsrecht fest.

Aber auch diese sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte des Einzelnen können nur dann verwirklicht werden, wenn die Wirtschaft als Ganzes in der Hand der Nation, der deutschen Menschen liegt und nicht ausländische Monopolisten über sie das höchste Bestimmungsrecht haben. Darum legt der Entwurf die Kontrolle über die Wirtschaft und die Aufgabe der höchsten Wirtschaftsgestaltung in die Hand der Volksvertretung. Diese hat das Recht der Wirtschaftsplanung und der Wirtschaftslenkung. Sie hat ferner das Recht der Nationalisierung von Industriezweigen, wenn es das Interesse des deutschen Volkes erheischt.

Hier stösst der Entwurf vor in die Grundfragen menschlichen Schaffens und Lebens und versucht den Menschen zu lösen aus den quälenden Bedingungen einer Wirtschaft, die ihn von Krise zu Krise jagt und ihm schliesslich nur noch die Möglichkeit gibt, auf diesem oder jenem Schlachtfelde der Welt sinnlos zu verbluten.

Die weiteren Abschnitte der Grundrechte behandeln "Familie und Mutterschaft". Ausführlich werden die Fragen der Erziehung und Bildung behandelt. Hier ist das Recht jedes Bürgers auf Bildung und auf die freie Wahl seines Berufes festgelegt. Schliesslich werden "Religion und Religionsgemeinschaften" behandelt. "Alle Bürger geniessen Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die ungestörte Religionsausübung steht unter dem Schutz der Republik." Die Religionsgemeinschaften behalten die privilegierte Stellung, die sie bisher in Deutschland hatten.

Die Prüfung aller dieser Bestimmungen zeigt den Geist einer wahrhaften Toleranz, die es den widerstrebenden Interessen innerhalb des Deutschen Volksrates ermöglichte, den Entwurf einstimmig anzunehmen. Alle diese Grundrechte der Bürger und des Volkes, so sehr sie im einzelnen auch denen der Weimarer Verfassung ähneln mögen, sind in einem von dieser Verfassung doch grundlegend verschieden. Sie haben reale Garantien, während die Grundrechte der Weimarer Verfassung in der Luft hingen.

Das Neuartige des Verfassungsentwurfes besteht darin, dass die Grundrechte der Bürger und des Volkes zum Inhalt der Staatsgewalt selbst erhoben sind. So heisst es im Artikel 4:

"Alle Massnahmen der Staatsgewalt müssen den Grundsätzen entsprechen, die in der Verfassung zum Inhalt der Staatsgewalt erklärt sind."

Verlässt die Staatsgewalt den Boden der Verfassung oder weigert sie sich, die Verfassung durchzuführen, so tritt das heilige Recht des Volkes auf Widerstand gegen die Machtusurpatoren und Willkür in Kraft, denn es heisst in dem Entwurf weiter:

- 17 -

3. Deutscher Volkskongress
(Pressedienst)

29. Mai 1949
Rede von Otto Grotewohl - 17 -

"Gegen Maßnahmen, die den Beschlüssen der Volksvertretung widersprechen, hat jedermann das Recht und die Pflicht zum Widerstand".

So tritt die Hoheit - die Souveränität - des Volkes selbst hervor. So finden auch Verfassung und Grundrechte ihre reale Verankerung. Auf die reale Verankerung einer Verfassung in den realen gesellschaftlichen Zuständen eines Volkes kommt es an.

"Politische Formen können nicht beliebig wie Etiketten auf eine Weinflasche aufgeklebt werden. Politische Formen sind nichts als der notwendige und eigentümliche Ausdruck, den sich reale tatsächliche Lagen geben".

Schaffen wir eine Verfassung, die den innersten Interessen unseres Volkes entspricht, dem Drang nach einem freien, friedlichen, aufbauenden Leben, nach Teilnahme des Volkes an der Gestaltung seines eigenen Staates und seiner Gemeinschaft. Heben wir unser Volk selbst in die Staatsmacht, legen wir in seine Hand die Verwirklichung eines solchen Lebens, sagen wir dem verfluchten Untertanengeist, der alle Aktivität und Lebensfreude erstickt, unseren erbarmungslosen Kampf an, dann mag uns um die Verwirklichung dieser Verfassung und um die Wiedergeburt des deutschen Volkes zu einer freien, friedlichen und in der Welt geachteten Nation nicht bange sein. Möge Deutschland nie glauben, daß man in eine neue Periode des Lebens treten könne, ohne ein neues Ziel. Möge es bedenken, dass wirkliches Leben von unten, nicht von oben her wächst, dass es erworben, aber nicht gegeben wird, auch nicht von Militärgouverneuren. Wir stehen an einem Kreuzweg des deutschen Volkes. Auf dem Wege hinter uns liegen noch die dunklen Nachtschatten der erbärmlichen Hitler-Zeit mit ihren Strömen von Blut und Tränen. Diesen Irrweg muss Deutschland endlich und für immer verlassen. Wohin führen die anderen Wege? Der Weg der Apathie und der politischen Gleichgültigkeit gegen unseren nationalen Notstand führt uns auf ein politisches Niemandsland, auf ein Sumpfgelände, das uns nur noch erlaubt, auf der Stelle zu treten, bis wir erbarmungslos in unserem eigenen Unglück verstricken und ersticken. Können wir diesen Weg gehen? Nein, wir können ihn nicht gehen, wir dürfen ihn nicht gehen und wir werden ihn nicht gehen. Wir wollen nicht sterben, sondern wir wollen leben!

Der zweite Weg führt uns unter die Botmäßigkeit westlicher fremder Militärgouverneure, die nur die Interessen ihres Landes, aber nicht Deutschlands vertreten. Dieser Weg führt uns in die Schuld knechtschaft von Wallstreet, raubt uns unsere Selbstbestimmung und macht uns zu willenlosen Kolonialklaven. Können wir diesen Weg gehen? Nein, wir können ihn nicht gehen, wir dürfen ihn nicht gehen und wir werden ihn nicht gehen. So bleibt uns nur noch ein Weg, der letzte Weg. Es ist für uns aber auch gleichzeitig der Ausweg. Der Ausweg, weil er nach vorn führt, ins Helle, in eine lichtere und bessere Zukunft.

Dieser Ausweg führt aber nicht nur nach vorn, sondern auch nach oben. Gewiss, der Aufstieg ist schwer. Wir haben nicht viel mehr in unserem Gepäck, als unseren Mut und unser Selbstvertrauen in unser Volk. Aber am Ende des Weges wird ein freies, friedliebendes und wenn

3. Deutscher Volkskongress
(Pressedienst)

29. Mai 1949
Rede von Otto Grotewohl - 18 -

auch vielleicht noch in bescheidenen Grenzen wieder wohlhabendes Volk stehen. Können wir diesen Weg gehen? Ja, wir können ihn gehen, wir müssen ihn gehen und wir werden ihn gehen! Unsere Hand bleibt auf diesem Weg jedem entgegengestreckt, der mit uns gemeinsam zur Einheit Deutschlands, zu einem gerechten Frieden und zu einem besseren Leben will. Unseren Verfassungsentwurf aber werden wir am Ende dieses Weges aufpflanzen, wie eine Fahne. Sie soll uns als ein Wegzeichen leuchten, weil unter ihrem Wirken und Walten auch für Deutschland eine wahrhafte Demokratie, Frieden, Freiheit und Wohlstand sich entfalten werden.